

Aktiv Altern – Seniorinnen und Senioren für die Gesellschaft aktivieren

Die Menschen werden immer älter, woraus sich vielfältige Konsequenzen ergeben – insbesondere auch für die Gemeinden. Eine höhere Anzahl an älteren Personen bedeutet einerseits die Notwendigkeit des Ausbaus von Pflegeleistungen, andererseits besteht die Chance, dass vor allem die „jüngeren Alten“ einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Die demografische Entwicklung im Bereich der SeniorInnen ist eindeutig. Immer mehr Menschen werden immer älter, was anhand von Abbildung 1 besonders deutlich wird. Bei den über 60jährigen gibt dies eine Zunahme von 50 Prozent, bei den über 85jährigen ist es gar eine Verdoppelung! Besonders in den Stadtumlandregionen wird es zu starken Zunahmen kommen, was auf die vergangenen und derzeit starken Zuzüge in diesen Gebieten zurückzuführen ist.

Entstehung eines dritten und vierten Lebensabschnittes

Die Bevölkerung der über 60jährigen bedarf jedoch einer Differenzierung.

Zwischen dem Ende der Berufstätigkeit und dem 75. Lebensjahr entsteht ein „dritter“ Lebensabschnitt. Daran anschließend hat sich aufgrund der Verbesserung der Lebensverhältnisse und des medizinischen Fortschritts der so genannte „vierte“ Lebensabschnitt herausgebildet. Die über 75jährige Bevölkerung ist die eigentliche Risikopopulation für die Hilfs- und insbesondere für die Pflegebedürftigkeit.

Seniorenpolitik ist mehr als Pflegepolitik

Nach der Pensionierung besteht aufgrund der höheren Lebenserwartung noch eine Lebenszeit, die ungefähr der Hälfte des Arbeitslebens ent-

spricht. Die Menschen werden älter, bleiben aber auch länger gesund. Dadurch entstehen neue Aktivitätsspielräume, Handlungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten, welche vor allem auch von Seiten der Gemeinde genutzt werden sollten.

Es ist wichtig, dass die Gemeinden die Seniorenpolitik nicht auf pflegebedürftige Menschen reduzieren, sondern dass SeniorInnen aktiv in die Gesellschaft miteinbezogen werden. Daraus ergibt sich, dass besonders auch den „jüngeren“ SeniorInnen verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Insbesondere zwei Punkte gewinnen hier an Bedeutung: Einerseits sollte es das Ziel jeder Gemeinde sein, den SeniorInnen so lange wie möglich den Verbleib in der eigenen Wohnungen zu ermöglichen. Dazu ist es notwendig, möglichst frühzeitig auf Prävention und Gesundheitsvorsorge zu setzen, um die Gesundheit bis ins hohe Alter zu fördern. Andererseits sollte das Potenzial genutzt werden, SeniorInnen aktiv in der Gesellschaft zu aktivieren.

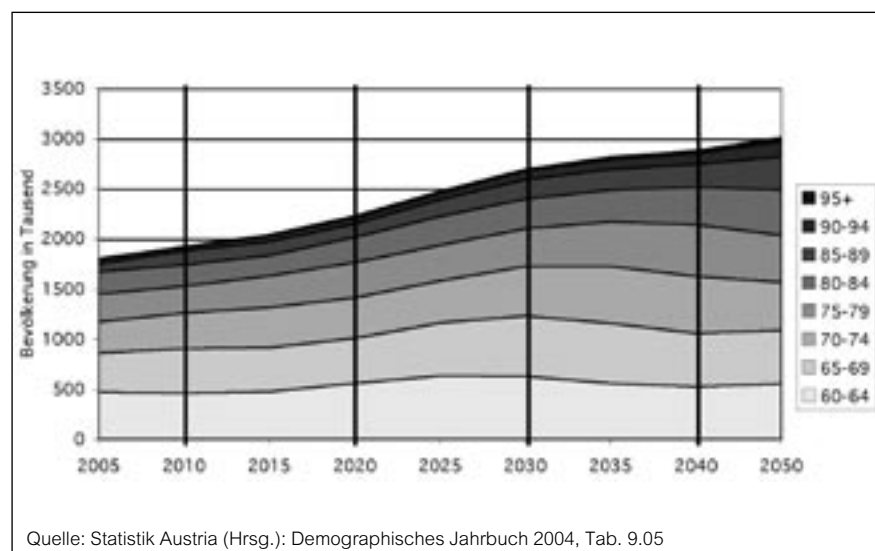


Abb. 1:
Bevölkerungsentwicklung der über 60jährigen in Österreich

Gesund altern – Prävention und Gesundheitsvorsorge

Besonders dem Bereich der Prävention und Vorsorge wird hier in Zukunft große Bedeutung zukommen, da Gesundheit ein wesentlicher Faktor der Lebensqualität ist. Die Zunahme der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen aufgrund der höheren Anzahl an älteren Personen wird daher künftig bundesweit eine Herausforderung darstellen. Eine aktive Gesundheitspolitik – daher die Förderung der Prävention und Vorsorge – soll dazu führen, möglichst lange hinauszuzögern, dass ein Mensch pflegebedürftig wird. Prävention könnte viele Probleme, insbesondere die Folgen chronischer Krankheiten, entschärfen. Die Förderung einer größeren Eigenverantwortlichkeit sowie ein stärkeres Kostenbewusstsein seitens der PatientInnen sollte diskutiert werden. Hierzu wird Aufklärungsarbeit und die Zurverfügungstellung von Infrastruktur (z.B. Selbsthilfegruppen) notwendig sein. Im Zentrum bewusstseinsbildender Maßnahmen stehen eine gesundheitsorientierte Lebensführung, die Weitergabe einschlägiger Information über den Pflege- und Hilfebedarf alter Menschen, eine bessere Koordination der Aus- und Weiterbildungsangebote im Altenhilfebereich sowie die Vermittlung neuer gerontologischer (Lehre über das Altern) Erkenntnisse in allgemein verständlicher Form.

Auf gesellschaftspolitischer Ebene bedarf es einer stärkeren Kooperation und Integration der Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens, womit die Sicherung und Weiterentwicklung einer effizienten und flächendeckenden Gesundheitsversorgung garantiert werden soll. Dabei agiert die Gemeinde als Koordinator eigener Einrichtungen, aber auch der Leistun-

gen von NGOs. Eine aktive Gesundheitspolitik kann weiters durch:

- eine verstärkte gesundheitsorientierte Informations- und Beratungstätigkeit,
- die Förderung von Selbsthilfegruppen und die Einrichtung einer Koordinationsstelle für Selbsthilfegruppen,
- der Erweiterung des Beratungsangebotes der Familienberatungsstelle um Gesundheits- und Pflegeberatung,
- der Förderung von aktiver Nachbarschaftshilfe und
- gegenseitige Unterstützung gefördert werden.

Bürgerengagement und Netzwerke

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Aktivierung älterer Personen für die Gesellschaft. Das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben darf nicht dazu führen, dass sich ältere Menschen aus der Gesellschaft zurückziehen. Besonders „junge Alte“ können hier einen wichtigen Beitrag durch ehrenamtliches Engagement leisten und damit aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Es bedarf der Etablierung einer neuen Kultur des Ehrenamtes. Eine Maßnahme kann sein, ein „Bürgerbüro“ zu etablieren, welches als Drehscheibe des ehrenamtlichen Engagements dient. Beispiele für ehrenamtliche Tätigkeiten können die Mitarbeit in NPOs beispielsweise ebenso umfassen, wie kurzfristige Kinderbetreuungsleistungen oder kleine Reparaturen. Besteht bereits ein Bürgerbüro, kann dieses um die Koordination ehrenamtlichen Engagements erweitert werden.

Vor allem der Wunsch älterer Personen, das erworbene Wissen und erworbene Fähigkeiten einzusetzen bzw. weiterzugeben, ist hoch. Aus-

schlaggebend ist jedoch häufig eine Aufforderung von außen. Viele ältere Menschen werden ehrenamtlich tätig, weil sie von Freunden, Bekannten oder einer Organisation angesprochen werden.¹

Eine weitere Möglichkeit, ältere Menschen zu aktivieren, ist die Förderung und der Ausbau sozialer Netzwerke. Dies können Projekte zur Nachbarschaftshilfe, aber auch die Einrichtung von Seniorenbüros sein. Ziel der Netzwerkarbeit ist:

- die Erhöhung der Lebensqualität älterer und alter Menschen in ihrem sozialen Umfeld;
- die Schaffung eines Ausgangspunkts und von Anregungen für die selbst bestimmte Gestaltung freier Zeit;
- das Zusammenführung gleicher Interessen;
- die Anregung zur ehrenamtlichen Arbeit;
- die Möglichkeit der Hilfe zur Selbsthilfe;
- die Neuknüpfung bzw. Stärkung der Versorgungs- und Beziehungsnetze;
- die Verbindung von Generationen;
- die Förderung der Zusammenarbeit von Einrichtungen, Vereine und Interessensgruppen im Stadtteil;
- die Anlaufstelle und Drehscheibe für Informationen, Kontakte und Beratung zu allen Fragen des Älterwerdens zu sein.

Ein Beispiel für die Aktivierung älterer Personen ist das Salzburger Projekt „Alt werden in Salzburg“. Ziel des Projektes war eine verbesserte Integration älterer Menschen, die Prävention, die Vernetzung und die Entlastung pflegender Angehöriger. Mit älteren

¹ vgl. dazu: BMSG: Bericht, 2000, S. 8.

BewohnerInnen zweier Stadtteile wurden regelmäßige Aktivitäten durchgeführt – wie gemeinsamer Mittagstisch, Freizeitnachmittage, jährlicher Adventbazar, Ausflüge und Reisen, Generationentheater, Literaturcafé und Vernissagen. Zur Entlastung der Angehörigen wurden regelmäßig stattfindende Angehörigengruppen eingerichtet und die Angehörigen bei der Hilfeplanung unterstützt.

Das Potenzial von SeniorInnen nutzen

Die Prävention und Gesundheitsvorsorge sowie die Aktivierung älterer Personen ist selbstverständlich auch mit Ausgaben verbunden. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass dadurch langfristig Kosten gespart werden können. Umso länger die Menschen gesund bleiben, umso weniger sind sie auf Pflegedienste und

Gesundheitsleistungen angewiesen. Und umso länger die SeniorInnen in ihren Wohnungen verbleiben können, umso später müssen sie in kostenintensive Senioren- oder Pflegeheime übersiedeln.

Als zweiter Faktor kann das Bürgerengagement dazu beitragen, langfristig die Gemeindefinanzen zu entlasten. Wenn beispielsweise ältere Personen in der Kinderbetreuung aktiv werden, bedeutet dies eine Entlastung der städtischen Einrichtungen. Durch den Ausbau von Netzwerken kann aber auch die Selbsthilfe erhöht werden. Dies kann z.B. dazu führen, dass SeniorInnen nicht auf externe Hilfe (z.B. bei Einkaufsdiensten etc.) angewiesen sind, sondern diese Leistungen im Netzwerk organisieren können.

Neben den langfristigen finanziellen Auswirkungen kann die Aktivierung

zu einer höheren Zufriedenheit der Menschen führen, Generationenkonflikte können abgemildert und das Verständnis füreinander erhöht werden. Das soziale Engagement älterer Menschen wird daher in Zukunft an Bedeutung gewinnen und sollte von den Gemeinden in ihre Seniorenpolitik miteinbezogen werden. ■

*Peter Biwald
Karoline Mitterer*

Literatur:

Schreyer, Jörg: Demographische Entwicklungstrends in der Steiermark und ihre Konsequenzen. Ökonomische und soziale Aspekte des demographischen Wandels. In: <http://www.kfunigraz.ac.at/senioren/schreyer.htm> [Download: 26.04.2006].

BMSG: Bericht zur Lebenssituation älterer Menschen. Wien 2000.

Stadt Salzburg: Alt werden in Salzburg. In: <http://www.stadt-salzburg.at> [Download: 26.04.2006].

Die Umsatzsteuerpflicht der Gemeinden nach dem UStG 1994

Spezialkommentar für Gemeinden zum UStG 1994 (Loseblattsammlung)

Autoren:

Karl Brejcha,
Oliver Kempf,
Hans Peter Panosch,
Siegfried Ott,
Helmut Schuchter,
Josef Ungericht

NEUERSCHEINUNG

Die große Zahl der in den letzten Jahren erfolgten Gesetzesänderungen zum Umsatzsteuergesetz 1994, der zum Gesetz ergangenen Verordnungen und Erlasse sowie die höchstgerichtlichen Entscheidungen erschweren den Überblick über die Materie erheblich; die Folge ist Rechtsunsicherheit auch in den Gemeinden. Gerade im Fall von Investitionen, von Ausgliederungsentscheidungen bzw. der Nutzung von Optionsklauseln ist eine intensive Betrachtung der umsatzsteuerlichen Auswirkungen wichtig, denn der optimale Umgang mit den Möglichkeiten des UStG 1994 hilft Gemeinden beim Geld sparen.

Für die genannten Fragestellungen bietet der KDZ-Kommentar eine übersichtliche, auf die Bedürfnisse der Gemeinden zugeschnittene Darstellung und Fachkommentierung. Der Kommentarteil wurde mit der sechsten Lieferung erheblich ausgeweitet und umfasst mittlerweile die wesentlichen Paragraphen des UStG 1994 – „Die Gemeinde als Unternehmer“, Steuerbefreiungen, Steuersätze, den aktuellen Gesetzestext zum Umsatzsteuergesetz 1994 (Stand: 31.01.2006) sowie die für Gemeinden relevanten Verordnungen.

Die Publikation erscheint im Eigenverlag des KDZ. Detaillierte Informationen zur Bestellung erhalten Sie unter <http://www.kdz.or.at/publikationen>